

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der Stadt Nastätten.



Der Besag des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 10.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 30.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Kleinere Anzeigen im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ werden Verbreitung und werden die Geschäftsstelle Nonpareil-Druckerei oder deren Raum mit Nr. 3., die Geschäftsstelle mit Nr. 6.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878. Druck und Verlag: Müllersche Buchdruckerei in Nastätten. Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Bruch, Nastätten. Begründet 1878.

Nr. 88 Nastätten, Samstag den 29. Juli 1922 45. Jahrgang

Die deutsche Einheit.

Wir wollen nicht sagen, die deutsche Einheit sei in Gefahr, weil zwischen Berlin und München Meinungsverschiedenheiten wegen der Handhabung des Gesetzes zum Schutze der Republik bestehen, denn jeder Deutsche muß hoffen, daß diese Differenz sich ebenso auflösen wird, wie die früheren wegen der Sicherheitswehren. Wir dürfen von der Möglichkeit einer Reichszersplitterung nicht reden, weil eine solche die Entwertung der Mark und die Kreditlosigkeit des Reichs noch viel mehr fördere. Es kann keine Frage sein, daß die Bayern sich weder heute noch später mit dem Gedanken tragen können, ohne das Reich eine angenehmere Existenz zu haben als gegenwärtig, dafür ist keine Aussicht vorhanden. Allein ist Bayern zu klein, und wenn es sich mit Deutsch-Österreich vereinigen wollte, so würde es von dessen riesigen Schulden mit erdrückt werden. Wirtschaftlich und politisch muß Bayern zum Deutschen Reich halten, denn nur dadurch ist seine Zukunft gewährleistet. Et was anderes gibt es nicht.

Das Deutsche Reich seinerseits kann Bayern politisch, wirtschaftlich und militärisch nicht entbehren, denn der bayerische Austritt, der nach der Verfassung überhaupt nicht statthaft ist, würde uns empfindlich schwächen. Politisch gegenüber der Entente, wirtschaftlich gegenüber dem Weltmarkt und militärisch gegenüber den uns wenig freundlich gesinnten Nachbarn. Diese wichtigen Tatsachen sind 1870 in Berlin klar erkannt worden, denn sonst würden Bayern nicht so große Zugeständnisse für seinen Eintritt in das neue Deutschland gemacht worden sein. Das Deutsche Reich würde ohne Süddeutschland keine vollendete deutsche Einheit bedeuten, und es würde ihm die moralische Wirkung verfaßt geblieben sein, die es ausübte. In diesem Punkte hat sich nichts geändert, wenn wir auch heute die Republik statt der Monarchie haben. Im Gegenteil, die Notwendigkeit des festen Zusammenrückens ist stärker als je.

Wir wollen nicht vergessen, daß schon Bismarck sagte: „Der Norden ist Deutschlands Kopf, der Süden ist Deutschlands Herz.“ Um die Verschiedenheit des Charakters nördlich und südlich vom Main politisch auszudrücken, können wir ruhig sagen, der Süden hätte schon längst einen starken demokratischen Zug, als der Norden noch in den engen Schuhen des Kaiserreiches steckte. So etwas wie das alte Münchener Hofbrauhaus wäre in Berlin gar nicht möglich gewesen. Aber dieser Unterschied hat niemand mißfallen, gerade die Norddeutschen sagten, in München lebt es sich im angenehmsten in Deutschland. Dann kam die moderne Zeit, von der Norddeutschland äußerlich und innerlich stark beeinflusst wurde, während der Süden ihr wohl äußerlich manche Konzessionen machte, aber innerlich mehr der alten Schlichtheit und begablichen Lebensauffassung treu blieb. Freilich das starke Selbstbewußtsein, das in der bayerischen Volksseele lebt, ist geliebt.

Bayern war die erste Republik in Deutschland, und es ist nicht von seiner Ausrücklichkeit gegen die große Reichsrepublik abgewichen. Es ist sehr erklärlich, daß die republikanische Staatsform die Meinung zur Meinungsäußerung gestärkt hat, aber es ist auch wünschenswert, daß sich in allen Einzelstaaten die Rücksicht auf Reich und Reichsinteressen in der heutigen Lage kräftig entwickelt. Es bedeutet noch nicht den Verzicht auf Sonderrechte, wenn diese dem Reichsnutzen in geeigneter Weise angepaßt werden. Das soll weder heute noch später aus dem Auge verloren werden, denn darin beruht das Geheimnis der deutschen Einheit.

In den letzten Wochen haben sich unerfreuliche Dinge gezeigt, die an der deutschen Einheit genagt haben, wie der Totenwurm im morschen Holz. Die Wiederkehr solcher Vorkommnisse muß ausgeschlossen sein und das wird am ersten erreicht, wenn keine Angriffspunkte vorhanden sind, gegen die sich solche Vorstöße richten können. Meinungsverschiedenheit befähigt man durch Besonnenheit und die Erkenntnis, daß da, wo die Einheit not tut, sich auch ein Weg zum Ziele finden muß. Tatsache ist, daß das große deutsche Vaterland ein Vorrat hat, unter dem die engere Heimat nicht leiden soll. Das will niemand und wünscht niemand.

Wir haben noch gute Freunde.

Wenn vor dem Weltkriege in Deutschland die politischen Meinungsverschiedenheiten hart aufeinander stießen, dann hörten wir von Landstleuten in fremden Erdteilen den Ruf und den Rat: „Kommt einmal hinaus nach Uebersee, dann könnt Ihr sehen, wie hoch Deutschland von den Völkern der Erde geschätzt und wie es von seinen europäischen Konkurrenten beneidet wird. Dann könnt Ihr sehen, was Ihr zu Hause zu tun habt. Wenn Ihr stark und zielbewußt bleibt, braucht Ihr niemandem nachzusehen!“

Die Kulturwelt weiß, daß dem großen Kriege nicht ein wahrhaftes Völkerverständnis, sondern verstärkte Völkerverlastung und eine kaum wieder gut zu machende Störung der gesamten Weltwirtschaft gefolgt ist. Als vor 1914 der deutsche Kaufmann nach Uebersee kam, blühten Handel und Wandel, herrschten normale Verhältnisse. Heute ist es, als ob an einer großen Maschine das bestimmende Schwungrad geirrunen und nur notdürftig geölt wäre. Es hapert bald hier und bald da. Die Amerikaner haben Berge von Gold, aber die lohnende Arbeit verschwindet ihnen zwischen den Fingern, ein Zustand, der beweist, daß das Rezept, nach dem die Entente die Welt beglücken wollte, verfaßt hat.

Kein Wunder, daß den Völkern die Augen aufgesaugen sind, und auch den Regierungen. Den letzteren verbietet allerdings die Staatsraison, sich rückhaltlos auszusprechen, für sie muß der Satz gelten, daß der Recht hat, der gewonnen hat. Aber die Völker können ihrem Herzen Luft machen. Die Deutsch-Amerikaner tun es heute in großer Zahl, und die spanische Bevölkerung in Zentral- und Süd-Amerika, die einen weiten Ausblick auf die Weltkane hat, nicht minder. Und auch die Chinesen, bei denen der deutsche Name vor 1914 besonders populär war. Es ist heute noch unvergessen, wie im Herbst 1914 die spanische Bevölkerung von Süd-Amerika den deutschen Admiral Grafen Spee zu seinem Siege über die Engländer beglückwünschte und das Schicksal des tapferen Mannes und seiner Getreuen bedauerte, als sie nach der Erschöpfung ihrer Munition einer vielfachen Uebermacht erliegen waren. In Europa zeigen sich die Sympathien für Deutschland nicht nur in den ruhigen neutralen Ländern verstärkt, sondern auch in Italien und in den Balkanländern.

Diese Volkstimmen, die aus der Ferne zu uns herüberklingen, weil sie genau wissen, was sie gegen 1914 verloren haben, bedeuten noch keine Machtstimmen, die eine schnelle Wiedlung herbeiführen können, aber sie können zu einer Macht werden, und sie haben heute schon die Wirkung, daß sie unsern guten Ruf in der Welt wiederherstellen und damit den wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen ihrer Heimatländer zu Deutschland nützen. Das haben diese wiedergewonnenen Freunde geleistet, sie haben erkannt, daß sie an uns das wieder gut zu machen haben, daß sie uns während des Krieges zeitweise als eine deklarierte Nation betrachteten. Es ist eine Genußgenuss und eine Hoffnung für die Zukunft, und darum haben wir allen Grund, auf diese neue Freundschaft zu achten und sie zu pflegen.

München gegen Berlin.

Teilweise Suspendierung des Schutzgesetzes in Bayern.

Der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich ist nunmehr in voller Schärfe zum Ausbruch gelangt, nachdem die bayerische Regierung die angekündigte Verordnung erlassen hat, durch die sie das Schutzgesetz des Reiches unter Abänderung einzelner Bestimmungen in eine bayerische Notstandsverordnung umgewandelt hat. Auch in Bayern selbst sowie innerhalb einzelner Parteien scheint es wegen dieser Frage zu schweren Krisen kommen zu sollen.

Die Mitteilung an die Reichsregierung.

Am Montag in später Abendstunde erließen der bayerische Gesandte v. Preger beim Reichskanzler, um ihm offiziell die Mitteilung zu machen, daß die bayerische Regierung beabsichtigt, in einer besonderen Verordnung auf Grund des § 48 der Reichsverfassung den materiellen Inhalt der Schutzgesetze zu übernehmen, aber die Durchführung den bayerischen Behörden

und den bayerischen Volksgerichten zu übertragen. Die Verordnung soll sich nur auf das rechtsrheinische Bayern erstrecken, nicht auf die Pfalz. Ueber die Stellung der bayerischen Regierung zum Reichskriminalgesetz wurde eine Erklärung noch nicht abgegeben.

Die Verordnung der bayerischen Regierung wird durch folgende Ausführungen eingeleitet: Der Deutsche Reichstag hat am 18. Juli ein Gesetz zum Schutze der Republik erlassen. Darin ist zur Aburteilung gewisser politischer Straftaten ein Gericht eingesetzt worden, das im ganzen weder mit Verurteilungen noch mit Schöffsen oder Geschworenen, sondern zum größten Teil mit Personen besetzt ist, für deren Auswahl politische Gesichtspunkte in Frage kommen. Das bayerische Volk erblickt darin in seiner überwiegenden Mehrheit eine Verletzung der Grundrechte der Staatsbürger, sowie der Grundzüge echter Demokratie, wie auch ein Verlassen der Weimarer Verfassung. Der Inhalt des Gesetzes und die Art seines Zustandekommens entgegen dem wohlgegründeten Anspruch der bayerischen Staatsregierung haben in Bayern eine derartige Erregung hervorgerufen, daß, wenigstens im Gebiet des rechtsrheinischen Bayerns unmittelbar mit einer erheblichen Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu rechnen ist, wenn das Gesetz ohne jeden Vorbehalt vollzogen wird. Es ist somit Gefahr im Verzuge. Aus diesen Gründen sieht sich das Bayerische Gesamtministerium veranlaßt, auf Grund des § 64 der Verfassungsurkunde des Freistaates Bayerns, des Artikels 48, Absatz 4, der Reichsverfassung und auf Grund der staatlichen Hoheitsrechte Bayerns zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die folgenden Anordnungen zu treffen. Es folgen dann in sechs Artikeln die Anordnungen, welche die materiellen Bestimmungen des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik in Bayern im wesentlichen übernehmen, aber die Zuständigkeit der bayerischen Volksgerichte festlegen. Hervorzuheben ist auch der Artikel 5, wonach nichtbayerischen Polizeibehörden innerhalb des Geltungsbereiches der Verordnung die selbständige Vornahme von Amtshandlungen in Bayern verboten ist.

Die Kabinettsumbildung.

Wie verlautet, besteht die Absicht, das durch den Rücktritt des Demokraten Ham m freigeordnete Handelsministerium nicht neu zu besetzen, sondern es durch den Ministerpräsidenten Grafen v. Helldorf mit versehen zu lassen. Dagegen soll das Justizministerium neu besetzt werden, und zwar durch den Oberregierungsrat im Justizministerium Dr. Guertner, der als Vertreter der Deutschnationalen Mittelpartei dem Ministerium angehören wird.

Die Parteien und die Krise.

Das Ausschreiben der Demokraten wird in einer längeren Erklärung der Landtagsfraktion begründet, in der gesagt wird, daß die Fraktion nicht in der Lage sei, die Verantwortung für die jetzt von der bayerischen Staatsregierung eingeleitete Politik zu übernehmen, die zu einem tiefen Zwiespalt im deutschen und bayerischen Volke und zu schweren politischen und wirtschaftlichen Schädigungen zu führen droht in einem Augenblicke schwerster außenpolitischer Bedrohung und Gefährdung. Angesichts dieser Gefahren halte es die demokratische Fraktion für die Aufgabe aller gut deutsch und gut bayerisch Gesinnten, die zwischen Land und Reich ausgebrochene Krise trotz allem auf verfassungsmäßigen Wege auszugleichen, um der Einheit des deutschen Volkes willen, die die demokratische Fraktion als letztes großes Gut aus besseren Zeiten zu bewahren entschlossen ist.

Der bayerische Bauernbund.

Der am Montag in Anwesenheit des Reichs Ernährungsministers Dr. Fehr im Landtagsgebäude seine Beratungen abhielt, nahm am Nachmittag eine Entschließung an, worin er alle verfassungsmäßig zulässigen Versuche der bayerischen Regierung billigt, welche geeignet sind, dem vom Reichstag und Reichsrat angenommenen Gesetz ihre die bundesstaatlichen Hoheitsrechte bedrohenden Wirkungen zu nehmen, wobei er aber ganz besonders ausdrücklich hervorhebt, daß er keinesfalls die Treue zum Reich und die Einheit des Reiches selbst preisgeben werde. Die Entschließung stellt

offenbar ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb des Bauernbundes dar. Dem entspricht auch die Meldung, wonach Reichs Ernährungsminister Fehr, der bekanntlich für die Schutzgesetze gestimmt hat, alsbald nach der Ausschussung im Landtagsgebäude nach Berlin zurückgereist ist, um einen letzten Vermittlungsvorschlag zu machen, da er einer radikalen Lösung widerstrebt. Sollte dies misslingen, so muß man mit einer Krise innerhalb des Bauernbundes rechnen, die unter Umständen geeignet wäre, die Stellung Fehrs als Reichsminister zu erschüttern.

Die Volkspartei gegen ihre Reichstagsfraktion.

Zu gewissen Unstimmigkeiten ist es auch innerhalb der Deutschen Volkspartei gekommen. Der Landesvorstand der Deutschen Volkspartei Bayerns hat eine Entschließung gegen die republikanischen Schutzgesetze angenommen, in der es heißt: Deshalb billigt die Deutsche Volkspartei rückhaltlos den Kampf der bayerischen Regierung gegen die zentralisierende und politisierende und dadurch das Reich gefährdende Berliner Politik. Sie bedauert, daß andere, insbesondere süddeutsche Länder, völlig verfaßt haben. Die Deutsche Volkspartei Bayerns begrüßt die ablehnende Haltung ihrer drei Reichstagsabgeordneten bei der Abstimmung über das Schutzgesetz und vermag die Zustimmung der Mehrheit der Fraktion nicht zu billigen. Sie erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie den beim Kampf um die Ausnahme gesetzgebung zum Schutze der Republik beschrittenen Weg nicht fortsetzt.

Gegen diese Entschließung wendet sich scharf das Berliner Organ der Volkspartei, die „Zeit“, „Die Partei der Reichseinheit“ sollte es verschmähen, volkstümliche Strömungen gegen Berlin in den Dienst des Partikularismus zu stellen.

Eine Kundgebung nordbayerischer Bürgermeister.

21 in Nürnberg versammelte Bürgermeister nordbayerischer Städte haben an den bayerischen Ministerpräsidenten und den Landtagspräsidenten ein Telegramm gesandt, in dem sie bitten, nichts zu unternehmen, was das Verbleiben Bayerns beim Reich gefährde und über Reich, Land und Volk schwerste Erschütterungen bringen könne. Ein Ausschuss von vier Mitglieder soll außerdem in mündlicher Aussprache diese Bedenken zum Ausdruck bringen.

Vertrauensvotum für Graf Lerchensfeld.

Ein „großer Tag“ im bayerischen Landtag. Die Aussprache im bayerischen Landtag über die Erklärung der Staatsregierung über die Lage endete mit der Annahme eines Vertrauensvotums für den Grafen Lerchensfeld. Dafür stimmten die Bayerische Volkspartei, die Mittelpartei und der Bauernbund, dagegen stimmten die Demokraten und die sozialistischen Parteien.

Die Rede des Grafen Lerchensfeld.

Die Landtagsitzung begann bei gutbesetztem Hause und überfüllten Tribünen mit eineinhalbstündiger Verspätung. Graf Lerchensfeld leitete seine Rede mit einer nochmaligen scharfen Verurteilung des Wortes am Minister Rathenau ein, in der sich alle vernünftig und ehrlich Denkenden eins feien. Er führte dann u. a. aus:

Die bayerische Regierung war von Anfang an mit der Reichsregierung in der Verantwortung der Tat und dem Bemühen, Abhilfe zu suchen, einig. Die bayerische Regierung kam aber im Gegensatz zu der Reichsregierung zu der Erkenntnis, daß nur eine mittlere Linie der Politik verständig und heilend wirken könne. Leider ist diese Linie in Berlin vom ersten Augenblick an nicht gehalten worden. Ueber den Schutz der verfassungsmäßigen Staatsform und die Abwehr verbrecherischer Taten hielten einzelne Parteien die Gelegenheit für gekommen, um ihre parteipolitischen Ziele zu verwirklichen. Die bayerische Regierung erschöpfte alle verfassungsmäßigen Mittel, um die von der Reichsregierung verpelegten Gesetzentwürfe dieses ihres Charakters zu entkleiden. Doch sei dies nicht gelungen, wie der Minister im einzelnen ausführte. Die bayerische Regierung erblickt in dem

gegen ihren Widerspruch erfolgten Eintriff in die Polizeibehörde der Länder eine Gewalttätigkeit Bayerns, die mit dem Sinn und Struktur der Reichsverfassung in Widerspruch steht. Wegen dieser Vergeßlichkeit Bayerns durch das Reich protestiert die bayerische Regierung auf das entschiedenste. Die Abwehrmaßnahmen seien auf das notwendigste Maß beschränkt worden, deshalb sei die Verordnung nicht auf die Plätze ausgedehnt worden. Die letzte Regierung ist unter dem Zeichen der Veröhnung mit Berlin ins Amt getreten und niemand wird ihr das Zeugnis verweigern, daß sie redlich bemüht war, jede persönliche Schärfe zu vermeiden. Hätte man dies bei dem Mathenau-Mord folgenden Ereignissen in Berlin beachtet — leider war der Herr Reichspräsident in diesen Tagen erkrankt —, so stände die bayerische Regierung heute nicht vor der Notwendigkeit der Abwehr.

Der Minister bedauerte das Ausschleiden der Demokraten aus der Regierung und stellte zum Schluß die Vertrauensfrage.

Die Ansprache.

Mittlerweile war ein Antrag der Bayerischen Volkspartei eingelaufen, der die Erklärung der Staatsregierung über die Haltung zu den Schußgesetzen billigt und ihr das Vertrauen ausdrückt. Als erster Fraktionsredner gab der Führer der Bayerischen Volkspartei, Abg. Held, sichtlich erregt, eine Erklärung ab, die sich hinter die Staatsregierung stellt, ihr Vorgehen billigt, ihr für das entschiedene Auftreten dankbar ist und die Unterstützung zusichert.

Für die Mehrheitssozialisten gab der Abg. Timm eine Erklärung ab, in der die Verordnung als ein Treubruch gegen das Reich bezeichnet wird.

Für die Mittelpartei erklärte der Fraktionsvorsitzende Hilpert die Zustimmung zur Erklärung der Regierung.

Dr. Dirr legte dar, daß die Demokraten aus den schon durch ihre Kundgebungen bekannten Gründen nicht in der Lage seien, der Regierung das Vertrauen auszusprechen.

Der pfälzische, deutschvolksparteiliche Abgeordnete Burger bemerkte für sich und seinen Parteifreund Gollwitzer, daß sie sich der Stimme enthalten würden.

Der Abg. Niefisch (N. S. P.) wurde vom Landtagspräsidenten bei der Abgabe der Erklärung für seine Fraktion zweimal zur Ordnung gerufen, weil er den Schritt der bayerischen Regierung als Hochverrat bezeichnete.

Die Abstimmung hatte dann das eingangs mitgeteilte Ergebnis.

Eine Erklärung der Reichsregierung.

Alle Reichsminister nach Berlin berufen.

Als Ergebnis der Beratungen des Reichskabinetts vom Dienstag kann man eine offizielle Erklärung ansehen, in der es u. a. heißt:

Die Weigerung der bayerischen Regierung, das Reichsgesetz zum Schutze der Republik durchzuführen, und die Verordnung der bayerischen Regierung haben eine ernste politische Lage geschaffen, mit der sich die Reichsregierung in mehreren Sitzungen befaßt hat. Es ist verständlich, daß auf die Anwesenheit sämtlicher Reichsminister besonderer Wert gelegt wird, ehe endgültige Entscheidungen getroffen werden. Der Reichsernährungsminister Fehr hat bereits an der letzten Sitzung des Kabinetts teilgenommen. Der Reichswehrminister Dr. Gehler wird erwartet. Die Reichsregierung wird in ruhiger Entschlossenheit die Interessen und das Recht des Reichs zu wahren wissen.

Inzwischen sind nunmehr alle Minister in Berlin eingetroffen, so daß bereits am Mittwoch die ursprünglich erst auf Donnerstag angelegte Kabinettsitzung stattfinden konnte. Der Reichsjustizminister Radbruch hat für diese Sitzung ein Rechtsgutachten ausgearbeitet. Dienstag abend hatte der Reichskanzler eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten.

Wie der „Tag“ erfährt, wird sich die Reichsregierung nicht mit einer bloßen Antwort an München begnügen, sondern ein ausführliches juristisches Gutachten anfertigen lassen, das darüber befinden soll, ob die bayerische Regierung mit ihrer Eigenmächtigkeit sich im Recht befand oder nicht. Der vorherrschende Eindruck im Kabinett ist der, daß die bayerische Regierung mit ihrem selbständigen Vorgehen und ihrer Nichtbeachtung der Entscheidungen der Reichsregierung eine gegen die Verfassung verstoßende Handlung begangen hat. Man scheint ferner im Kabinett der Ueberzeugung zu sein, daß an der Rechtsunfähigkeit der bayerischen Verordnung kein Zweifel bestehen könne. Eine Klärung der Lage ist nicht von heute auf morgen zu erwarten.

Die Londoner Besprechung.

Die englische Antwort an Poincaré.

Die englische Regierung hat jetzt auf die Vorschläge Poincarés geantwortet, d. h. sie hat dem französischen Vorkanzler in London mitteilen lassen, daß sie von der Absicht Poincarés, am 1. August nach London zu kommen, dankend Kenntnis genommen habe. Immerhin wird in dieser Antwort darauf hingewiesen, daß es unter Umständen angebracht erscheinen könne, die Verhandlungen um einige Tage zu verschieben, um der noch nicht gebildeten italienischen Regierung Gelegenheit

zu geben, einen Delegationen nach London zu entsenden. Die Teilnahme Belgiens wird sich vermutlich lediglich auf die Erörterung der Reparationen beschränken.

Die Reparationskommission wartet ab.

Angesichts der Tatsache, daß die Londoner Konferenz demnächst aufsteht, hat die Reparationskommission, wie „Chicago Tribune“ meldet, beschloffen, die Verantwortung des deutschen Moratoriumsgebotes aufzuschieben, bis die Reparationen darüber verhandelt hätten. Sie hat in ihrer offiziellen Sitzung am Dienstag nur eine Note von Freunden Angelegenheiten erlesen. Die Fragen der deutschen Kontrolle und des Moratoriums sind in dieser Sitzung nicht erörtert worden. Das Vorkomitee hat der Reparationskommission bis jetzt nur seinen bekannten Schrittenaustausch mit der deutschen Regierung zugehen lassen. Der Bericht des Komitees über die Berliner Verhandlungen wird erst am Donnerstag oder Freitag überreicht werden.

England glaubt an eine Verständigung.

Der Londoner Berichterstatter des „New York Herald“ schreibt im Hinblick auf die bevorstehende Reparationskonferenz in London: Das englische Auswärtige Amt begrüßt Poincarés erlichtlichen Wunsch, positive Vorschläge für den europäischen Wiederaufbau zu machen. Es werde zugegeben, daß diese Vorschläge vielleicht sehr weit entfernt von dem seien, was England annehmen könne. Aber da jetzt die französische Widerpenstigkeit gegenüber jeder Änderung der wirtschaftlichen Teile des Friedensvertrages aufgegeben sei, vertraue Downing Street darauf, daß sich eine Verständigung erreichen lasse.

Unter den Bedingungen, von denen englischerseits die Verwirklichung der bekannten Pläne über eine Lösung der Reparationsfrage abhängig gemacht werden soll, nennt das Blatt die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund unter von Deutschland selbst gestellten Bedingungen, also auch die Aufforderung zum Eintritt in den Völkerverbund. Die englische Politik sei unverändert dieselbe. Opfer für Frankreich und Deutschland kämen nicht in Betracht, wenn Frankreich sich nicht bemühe, seine auswärtige Politik mit dem Bedürfnis Englands in Einklang zu bringen, den Handel wieder aufleben und die politische Stabilität wiederherstellen zu lassen.

Der Saatenstand im Juli.

Saatenstandsbericht des Deutschen Landwirtschaftsrates.

Seit der letzten Berichterstattung sind mehr als 1000 Klagefälle, besonders von Anfang dieses Monats ab, unter großer Trockenheit leiden trotzdem immer noch insbesondere Ostpreußen, Schlesien und Sachsen. Die letzten Niederschläge brachten eine nicht unerhebliche Temperaturabnahme und waren infolgedessen dem Pflanzenwachstum wenig förderlich. Für das Getreide kamen die Niederschläge im allgemeinen zu spät, während sie den Stand der Hackfrüchte noch günstig beeinflussen werden.

Das ungünstige Frühjahr hat die ganze Vegetation erheblich verzögert, so daß die Erntearbeiten erst vereinzelt eingeleitet haben. Der Ackerertrag ist durchweg geringer als der des Vorjahres. Auch der Stand des Winterweizens ist schlechter als 1921. Beim Sommerweizen liegen die Verhältnisse ähnlich. Das Sommergetreide steht im allgemeinen wesentlich günstiger als 1921.

besonders der Hafer. Der Stand der Gerste wird etwas besser beurteilt als im Vormonat. Die Aussichten für die Haferernte, die durch die teilweise große Trockenheit mehr geschädigt wird als die der Gerste, sind nach den übereinstimmenden Meldungen aus ganz Deutschland unbefriedigend. Vielerorts wird von Notreise berichtet. Der Hafer hat in vielen Gegenden nicht unerheblich durch die Frühlage gelitten. Der Strohertrag des Sommergetreides ist gering.

Die Ertragsfähigkeit der Futterpflanzen ist gleichfalls nicht befriedigend, besonders wird in den Gegenden mit starker Dürre über sehr schlechten Stand der Futterpflanzen geklagt. Die Aussichten sind dort für einen zweiten Schnitt sehr gering.

Etwas günstiger lauten im allgemeinen die Berichte über die Hackfrüchte. Die letzten Niederschläge werden voraussichtlich die Ausblühung der Hackfrüchte noch günstig beeinflussen. Infolge der sehr ungünstigen Witterung im Frühjahr trat eine erhebliche Verzögerung der Bestellung der Kartoffeln ein, infolgedessen ist auch nur vereinzelt mit der Ernte von Frühkartoffeln begonnen.

Streiks haben wenig stattgefunden. Zumeist dehnten sie sich nur auf einige Tage aus. Neuerdings ist ein Streik in der Provinz Sachsen ausgebrochen, der ernsterer Natur zu sein scheint.

Der Fall Leoprechting.

Interpellationsdebatte im bayerischen Landtag.

Der Fall Leoprechting bildete den Gegenstand von Interpellationen der Bayerischen Volkspartei und der Mittelpartei in der bayerischen Kammer. In Beantwortung der Interpellationen bestätigte Graf Berchthold, daß die französische Regierung in diesem Zusammenhange, sowohl in Berlin wie in München, diplomatische Schritte unternommen habe. Er stellte weiter mit

daß die bayerische Staatsregierung in Verbindung mit vorstellig geworden sei, damit die Reichsregierung von sich aus diplomatische Schritte gegenüber dem französischen Gesandten in München einleite. Graf Berchthold betonte schließlich noch, daß die bayerische Regierung der Reichsregierung nahegelegt habe, den Grafen Rech von München abzurufen, wobei der Ministerpräsident besonders betonte, daß nicht der mindeste Zweifel an der persönlichen Ehrenhaftigkeit des Herrn Grafen Rech zu diesem Schritt Veranlassung gegeben habe, sondern lediglich die Erwägung, daß die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Tätigkeit des gegenwärtigen Reichsgesandten in München nicht mehr gegeben seien.

Der Ministerpräsident verlies noch besonders darauf, daß der preussische Staatsminister Weismann für den Nachridtendienst Leoprechting monatlich 2500 Mark bezahlt habe.

In der folgenden Debatte kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Sozialisten und den Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei, die von der Linken bestritten wurden, daß sie eben unter allen Umständen den Reichsgesandten Grafen Rech aus München entfernt haben wollten.

Deutsches Reich.

Wiedfeld und Solz in Berlin. Am Dienstag mittag fand beim Staatssekretär v. Daniel ein Festessen zu Ehren der aus dem Ausland in Berlin eingetroffenen deutschen Botschafter Wiedfeld und Solz statt. Der Reichskanzler Dr. Birtz, Staatssekretär Simson, Reichsfinanzminister Dr. Hermes, Ministerialdirektor v. Wasbach und eine Anzahl ausländischer Diplomaten, darunter auch Tschitscherin und Litwinow, waren bei dem Essen zugegen.

van Galle lehnt die Berufung in den Staatsgerichtshof ab. Universitätsprofessor van Galle, der Münchener Strafrechtslehrer, früher in Straßburg und nationalliberaler Reichstagsabgeordneter, hat die Berufung in den Staatsgerichtshof abgelehnt.

Krise in der Christlichen Volkspartei. Die den rheinischen Föderalismus vertretende Christliche Volkspartei hat ihren Reichstagsabgeordneten Dr. Deermann aus der Partei ausgeschlossen und ihm das Recht entzogen, künftighin als Abgeordneter aufzutreten. Die Ausschließung ist damit begründet, daß Dr. Deermann, ohne mit der Parteileitung Rücksprache genommen zu haben, öffentlich erklärt habe, daß die Christliche Volkspartei von dem Rechte der Volksabstimmung im Rheinland für die Dauer der Besetzung keinen Gebrauch machen werde.

Neue Zeitungsverbote. Der Regierungskommissar in Meiningen hat auf Grund des § 21 des Gesetzes zum Schutze der Republik das Erscheinen der „Dorfzeitung“ in Hildburghausen wegen eines Leitartikels über „Die neue preussische Verwaltungspraxis“ in der Nummer vom 25. Juli auf die Dauer von 14 Tagen verboten. Wegen Vergehens gegen § 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik sind in Hamburg einige Nummern der Zeitschrift „Hamburger Bürgerglocke“, der Zeitung „Bovon man spricht“ und der Zeitschrift „Mittel“ beschlagnahmt worden. Wegen des gleichen Vergehens sind fünf Personen der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Der „Völkische Beobachter“ in München ist auf drei Tage von der bayerischen Regierung verboten worden.

Eine Geheimorganisation ist in Altona entdeckt worden. Den Beamten der Altonaer Fremdenpolizei war aufgefallen, daß außerordentlich viele frühere russische Offiziere nach Altona kamen, um im Hafen Arbeit zu nehmen. Sie gaben an, auf Veranlassung eines Rittmeisters Raben nach Altona gekommen zu sein. Die Russen sind inzwischen ausgewiesen worden. Sie sollen einer Geheimorganisation angehört haben, die es sich zur Aufgabe gemacht haben soll, die deutsche Republik zu stürzen. Von anderer Seite wird übrigens bestritten, daß sich die Russen politisch betätigt hätten, sie seien vielmehr ruhig ihrer Arbeit nachgegangen. Sie wurden von englischer Seite mit Geldmitteln versehen, um dem Hungertode preisgegeben zu werden.

Das goldene Zwanzigmarkstück ist heute, wie bekannt, 1900 Papiermark wert. So mancher, der im Kriege seinen Vorrat an Goldmünzen auf dem Altar des Vaterlandes opferte, wird heute bedauern, daß er sich kein späteres Rücktausch- oder Erbschaftrecht sicherte, und das ist erklärlich, da viele dieser Opferwilligen heute übel dran sind. Aber in dieser außerordentlich hohen Wertveränderung des Zwanzigmarkstückes liegt für jeden der seine Einnahmen in Rassen scheinen bindet, eine ernste Mahnung, daran zu denken, wie viel dazu gehört, von dem Scheinwert der Papiermark zum soliden Wert der alten Goldmark zurück zu gelangen. Wieviel hat früher dazu gehört, um 1000 Mark zusammenzubringen? Sie haben Schweiß gekostet, aber sie waren den Schweiß wert. Heute kann man auf 10 000, 20 000, 30 000 M. usw. nicht sicher ausruhen, sondern muß abwarten, was das Schicksal bringt. Der Besitz an Papiergeld kann nur durch Steigerung des Arbeitswillens in seinem Wert erhöht werden. Goldene Arbeitsluste verbirgt die Zukunft.

Ausland.

Italien.

Einigung über das deutsche Eigentum in Italien. Zwischen der italienischen und

deutschen Regierung ist nach langen Schlußverhandlungen endlich von dem italienischen Minister Rossi und dem deutschen Gesandten von Neuroth ein Abkommen über den Rückkauf des beschlagnahmten deutschen Privatvermögens unterzeichnet worden. Das Abkommen legt die Gesamtsumme des zurückzuerwerbenden deutschen Gutes auf 900 Millionen Lire fest, wobei sich die deutsche Regierung vorbehaltlich zur Deckung der Summe aus dem Eigentümern heranzuziehen. Ueber einige Objekte, wie über die Runitakademie, hat man sich noch nicht entschieden. Das Abkommen ist noch durch die Parlamente zu ratifizieren. Es bedarf ferner der Zustimmung der Reparationskommission.

Yonomis Kabinettsbildung Alessandria gekheit. Die italienische Regierung hat immer noch keine Lösung gefunden. Auch Yonomis hat das Mandat zur Bildung der neuen Regierung wieder zurückgegeben, da die demokratischen Gruppen seinen Bemühungen, ein linkses Kabinett zu bilden, die Unterstützung verweigerten. Nunmehr soll der ehemalige Schatzminister de Maza die wenig aussichtsreiche Aufgabe übernehmen. — In Maza kam es zu neuen Kämpfen zwischen Sozialisten und Faschisten, wobei das dortige Arbeiterheim zerstört wurde. In Pisa wurde ein kommunistisches Vereinshaus in Brand gesetzt. In Rom bei Alessandria wurde während einer faschistischen Fahnenweihe der Sekretär der Faschisten durch Kommunisten schwer verletzt.

Polen.

Wendung in der polnischen Ministerkrise. In der polnischen Ministerkrise ist insofern eine Wendung eingetreten, als das Zentrum sich bereit erklärt hat, sich mit der Linken über die Grundlagen für die Bildung eines aus Vertretern beider Gruppen bestehenden Kabinetts zu verständigen. Als künftiger Ministerpräsident wird der frühere österreichische Abgeordnete Dr. Stejskalowicz genannt.

Frankreich.

Frankreich gegen Stundung der Ausgleichsrate. Die Konferenz der verbündeten Ausgleichsämter ist in Paris zusammengetreten, um die deutsche Note vom 18. Juli zu diskutieren. Deutschland ersucht in dieser Note um eine andere Regelung des Ausgleichsverfahrens und beantragt, die vereinbarte Ausgleichsrate von zwei Millionen auf 500 000 Pfund Sterling monatlich zu ermäßigen. Frankreich vertritt dem deutschen Verlangen gegenüber den Standpunkt, daß es sich bei den Ausgleichs- und Schiedsgerichten um Verpflichtungen von Privatpersonen handle, für die das Reich nicht einzutreten brauche, und daß von Stundung nicht die Rede sein könne.

Türkei.

Djemal Pascha ermordet. In Ifflis wurde Djemal Pascha, der sich vorübergehend in der georgischen Hauptstadt aufhielt, mit seinen beiden Adjutanten auf der Straße erschossen. Die Tat ist von armenischen Terroristen begangen worden. Djemal Pascha war zusammen mit Enver Pascha und dem gleichfalls von Armeniern in Berlin ermordeten Talaat Pascha einer der Hauptführer der jungtürkischen Bewegung und der deutschfreundlichen Orientierung der Türkei. Er war vor dem Krieg türkischer Marineoffizier und im Kriege Oberkommandierender in Serbien und Palästina. Nach dem Zusammenbruch war Djemal zuerst in Malta von den Engländern verhaftet, dann freigelassen worden und hatte sich ebenso wie Enver und Talaat nach Berlin begeben. Inzwischen war auf Betreiben der Entente in Konstantinopel das Triumvirat in contumaciam zum Tode verurteilt worden. Später hatte er besonders für die Vereinigung der Islammächte gewirkt und in diesem Zusammenhang als Oberkommandierender der afghanischen Armee deren Organisation nach türkischem Muster durchgeführt. Djemal Pascha, der bereits früher zweimal hingerichtet wurde (einmal sollte er Anfang 1915 in Jerusalem, ein anderes Mal im vorigen Jahre in Kabul ermordet worden sein), stand in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre.

Irland.

Die Lage im irischen Irland. Nach den letzten Meldungen aus Irland befindet sich die Linie zwischen Bimerick und Waterford jetzt in den Händen der irischen Regierungstruppen. Die Truppen sind weiter im Vormarsch begriffen. Von den Aufständischen wird ihnen kein beträchtlicher Widerstand entgegengesetzt. Die Mehrzahl der irregulären Mannschaften ist aus den Grafschaften Kerry und Cork zurückgegangen, und viele der Rebellen verlassen die Reihen der Kämpfer, um sich in ihre Heimat zu begeben. Inzwischen wächst die Ungeduld der Aufständischen im südlichen Irland.

Am Mittwoch wurden die neu gewählten irischen Generalstaaten (Erste und zweite Kammer) durch die Königin mit einer Thronrede feierlich eröffnet.

Die Bestimmung, wonach es zur Einreise Deutscher nach Griechenland außer dem Visum noch einer besonderen Einreisegenehmigung bedürfte, ist von der zuständigen Behörde aufgehoben worden.

Die polnische Regierung brachte den Antrag ein, der Sejm möge eine weitere innere Anleihe von 270 Millionen und die Erhöhung des Banknotenumlaufs um 240 Millionen beschließen.

Nachdem er die Mandate über Syrien und Palästina bestätigt hatte, schloß der polnische

Arbeitsrat seine Londoner Tagung. Die nächste Sitzung des Rates findet am 12. August in Genf statt.

Der Minister des Auswärtigen des Reiches hat die Beschlüsse des Ausschusses des Reiches bezüglich der militärischen Volkzeit mit der Regierung einverstanden, aber nicht bezüglich anderer wichtiger Fragen.

Heimatliches.

Nastätten, 28. Juli 1922.

Landw. Schule Nastätten. Um eine Ueber- sicht über den Schulbesuch im kommenden Winter zu erlangen, ersucht der Leiter der Landw. Schule um baldige schriftliche Anmeldungen sowohl neu Eintretender Schülerinnen und Schüler wie auch der lehrfähigen Schüler. Bei Neuanmeldungen von Schülern ist Einsichten des Schul- wie eines Führungszugnisses, ausgestellt von der Ortspolizeibehörde, erforderlich. Bei den Schülerinnen ist Angabe des Alters und Name des Vaters erforderlich. Der Unterricht beginnt für beide Abteilungen gleichmäßig spätestens Anfang November. Nähere Auskunft erteilt die Landw. Schule, wo auch ein Druckheftchen über das Landw. Schul- wesen in Nassau im letzten Jahr gegen Erstattung der Druckkosten (5 Mt.) erhältlich ist, was allen ehemaligen Schülerinnen und Schülern besonders empfohlen sei. Als weitere Veröffentlichung der Landwirtschaftskammer Wiesbaden sei an dieser Stelle noch auf ein ausgearbeitetes Buchführungs- beispiel hingewiesen, was ebenfalls hier erhältlich ist. Die Benutzung der Schulbibliothek ist für alle Berufsangehörige im Kreis kostenlos.

Betrifft: Steueraufsicht beim Straßen- handel. Gemäß § 117 der Ausführungsbe- stimmungen zu dem Umsatzsteuergesetz hat derjenige, welcher ohne Begründung einer ge- werblichen Niederlassung oder außerhalb seiner gewerblichen Niederlassung von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder anderen öffentlichen Orten innerhalb einer selbst- ständigen ausgeübten Tätigkeit Lieferungen oder sonstige Leistungen gegen Entgelt ausführt, gemäß § 32 des Umsatzsteuergesetzes in Verbindung mit den §§ 195 ff der Reichsabgabenordnung ein Steuerheft für den Straßenhandel zu führen und den Eingang der Steuer durch Anzahlung sicher zu stellen. Der Steuerpflichtige hat das Heft stets bei sich zu führen und auf Verlangen den Be- amten der Polizei, der Eisenbahn und der Finanzverwaltung vorzuzeigen. Damit für die Zukunft von den Steuerpflichtigen den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend verfahren wird, und Verstöße hiergegen geahndet werden können, habe ich durch die maßgebenden Stellen die Landjäger, das Zugbegleitpersonal, die Polizeibeamten an- weisen lassen, bei der Ausübung der Steuer- aufsicht Hilfe zu leisten und Händler, die ein Steuerheft nicht bei sich führen, bei mir unmittelbar zur Anzeige zu bringen. Ich werde nichts unverändert lassen, die von mir eingeleiteten Strafverfahren in dieser Angelegenheit unnachlässiglich durchzuführen.

Ransel, 27. Juli. Die Schülerzahl ist in unserer Gemeinde in den letzten Jahren sehr zu- rückgegangen. Von über 100 Kindern in den letzten Jahren ist sie jetzt auf 58 gesunken. Die Gemeinde hat deshalb bei der Regierung das Eingehen der zweiten Lehrerstelle beantragt, und hat diese durch Verhandlungen die Verlegung des jetzigen Stelleninhabers nach Johannisberg verfügt. Die hiesige Gemeinde, die bisher von dem Arztbezirk Struth bearztet wurde, hat nun mit dem Arztbezirk Weisel einen neuen Vertrag abgeschlossen. Der Bau der Wasserleitung rückt nun in greifbare Nähe. Eine Extraholzfallung in Höhe von 1 Million Ertrag soll die Kosten decken. Vor Jahresfrist hätte die Gemeinde die Hälfte sparen können, wenn die Aufsichtsbehörde dem Antrag der Gemeindevertretung zugestimmt hätte.

Marienfels, 28. Juli. Der Männer- gesangverein „Fidelio“ aus Viebich a. Rh. wird am Sonntag Nachmittag 4 Uhr im Saalbau Schleifer ein Konzert geben. Es sind hier einige gemüthliche Stunden zu erwarten. Abends findet Ball statt.

spd. Nassau, 26. Juli. In der Stallung der Heilbronnischen Wirtschaft brachte eine Kuh ein Kalb mit zwei Köpfen zur Welt. Die Köpfe sind vollständig ausgebildet und unmittelbar hinter den Ohren zusammengewachsen.

Geisenheim, 26. Juli. Unter großer Anteilnahme feierte die Lehranstalt für Wein- und Obstbau in Geisenheim das Jubiläum ihres 50jährigen Bestehens. Aus diesem Anlasse liegen die Chemische Fabrik in Winkel und die höchsten Farbwerke Jubiläumsgaben von je 10000 Mt. überreichen.

Wiesbaden, 26. Juli. In der Stadtver- ordnenstung wurde der Antrag der U. S. P., die Straßennamen, welche von Fürsten und Fürsten- häusern abgeleitet sind, der heutigen Zeit ent- sprechend umzuändern, abgelehnt. Sämtliche bürgerlichen Parteien, einschließlicb Demokraten, stimmen dagegen. Ebenso erging es einem Antrag der U. S. P. der lautete, daß den bei der Demonstration Beschädigten sowie Hinterbliebenen die entstandenen Unkosten, wie ärztliche und Krankenhausbehandlung, Lohnausfall, sowie die Beerdigungskosten aus städtischen Mitteln zu zahlen sind.

spd. Frankfurt, 25. Juli. Im Vorort Niederursel überfuhr heute abend gegen 6 Uhr ein in raschster Fahrt nach Bad Homburg v. d. G. laufendes Automobil den 13 jährigen Sohn des

Kaufmanns Kuhl, Hohemartstraße 8, und tötete ihn auf der Stelle.

spd. Frankfurt, 27. Juli. Die 28 jährige Ehefrau des Feuerwehrmannes Hecher vergiftete sich am Mittwoch mit ihrem 17 Wochen alten Kinde in ihrer Wohnung, Beethovenstraße 66, mit Leuchtgas. Die Frau zeigte in der letzten Zeit ein aufgeregtes Wesen.

Vermischtes.

Raubüberfall auf eine Weinhandlung. In der Bärenweinschänke Niedergörsig bei Dresden wurde von zwei Banditen ein Raubüberfall verübt. Diese drangen spät abends in die Wirtschaft ein. Der eine hielt die fünf anwesenden Gäste mit zwei Revol- vern in Schach, während der andere von dem Wirt die Geldschrankschlüssel erprekte und den Schrank leerte. Die beiden Ban- diten flohen dann und konnten bisher nicht ermittelt werden.

Tragisches Ende eines Schulan- ges. Auf einem Ausflug von zwei Klas- sen der Wellentirchner Goetheschule ereig- nete sich ein entsetzliches Unglück. Beim Ueberlegen der Kinder über die Dopp- schlag, nachdem bereits zwei Boote das jen- seitige Ufer glücklich erreicht hatten, das Jährboote um und sieben Kinder ertran- ken trotz der angestrengten Rettungsversuche des Lehrers und eines leider unbekannt gebliebenen Bergmanns. Begleiter konnte allein vier Kinder lebend ans Ufer bringen.

Der Landarbeiterstreik in Mittel- deutschland. Der Landarbeiterstreik im Kreise Steudal hat jetzt auf die Kreise Gardelegen, Salzwedel, Osterburg, Neu- halbensleben, Jerichow 1 und Wolmirstedt übergriffen. Desgleichen streiken die Landarbeiter seit einigen Tagen im ganzen Freistaat Anhalt. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet. Da infolge des unbestän- digen Wetters die Früchte in kurzer Zeit dem Verderben anheimfallen müssen, ist mit dem Einsetzen der Technischen Nothilfe sehr bald zu rechnen.

Zum Streik der Seemaschinen. Der jetzt in die vierte Woche gehende Streik der Maschinisten und technischen Offiziere in den deutschen Seehäfen hat in Stettin, wo inzwischen auch das übrige seemannliche Personal die Arbeit niedergelegt hat, ein Eingreifen der Technischen Nothilfe erforderlich gemacht. Im Stettiner Hafen lag ein mit Lebensmitteln beladener und nach Swinemünde bestimmter Dampfer in- folge des Streiks fest und alle Versuche, durch Verhandlungen mit den Ausständigen die Abfahrt des Schiffes zu ermöglichen und dadurch die Lebensmittel vor der Gefahr des Verderbens zu bewahren, schlugen fehl. Infolgedessen mußte die Technische Nothilfe eingreifen, die die Abfahrt des Dampfers ermöglichte.

Ein schweres Explosionsunglück er- eignete sich auf dem Grundstück einer Villa in Heikendorf bei Kiel. Der dort woh- nende Sprengmeister Klassen beschäftigte sich im Nebengebäude mit Sprengmateri- alien; diese explodierten auf bisher nicht be- kannte Weise mit einem heftigen Knall. Das Gebäude wurde zu einem Drittel zerstört, Klassen selbst wurde in Stücke gerissen. Der in der Villa wohnende Pastor Noth wurde unter den Trümmern verschüttet. Er konnte jedoch alsbald hervorgezogen werden und scheint schwere Verletzungen nicht erlitten zu haben.

Butter als Pachtzins. In der kleinen offizierslichen Stadt Marienfelde verpach- tete eine Landwirtschafte einen Grün- landsplatz von etwa 85 Hektar für den jähr- lichen Pachtzins von 6500 Pfund Butter. Der Grünlandsplatz hatte vor dem Kriege 4000—5000 Goldmark Pacht gebracht.

Diebstahl aus Liebhabererei. Die Pariser Polizei überrückte eine alte Frau, die sich auf verschiedenen Märkten verdächtig ge- macht hatte, bei der Ausführung eines Tas- chendiebstahls. Die würdige Dame, die be- reits 77 Jahre alt ist, hatte sich dem Dieb- stahl aus Liebhabererei ergeben. Not trieb sie nicht zu ihrem Vorgehen, denn als die Handtasche der Diebin untersucht wurde, fand man Wertpapiere und Bargeld im Ge- samtvertrage von 200 000 Franken.

Der in Bonn immatrikulierte Student Affen hat seine 16jährige Kusine, die Tochter eines angeesehenen Bonner Bankiers, aus verschämter Liebe mit einem Dolch erstochen. Das Mädchen war sofort tot. Der Mörder stellte sich der Polizei freiwillig.

Aus Borislav (Galizien) wird gemeldet, daß dort eine neue Petroleumquelle entdeckt wurde, die täglich 30 Hektaren produziert und die 180 Kubikmeter Gas täglich ergibt. Das be- deutet eine Erhöhung der Borislauer Petroleum- forderung um 20 Prozent.

Nach einer Hamburger Meldung zerstörte ein Großfeuer einen Teil der Holzdenburger Plattenfabrik.

In Randau bei Magdeburg erkrankten nach dem Genuss von Pilzen zwei Familien. Drei Personen sind bereits gestorben, die übrigen kranken in Lebensgefahr.

In Soltau bei Mänschen wurde ein Motor- fahrer von einem Lastkraftwagen überrollt. Der Ingenieur Burger aus Mänschen wurde sofort getötet, eine Person lebensgefährlich, zwei weitere schwer verletzt.

Gerichtliches.

§ 330 000 Mark Geldstrafe für einen Winger. Der Vorsitzende der Weingärtner- genossenschaft in Strumpfelbach bei Stutt- gart, der Winger Schultheiß Kimmell, wurde von der Strafkammer in Stuttgart wegen Vergehens gegen das Weinsteuergesetz zu 330 000 Mark Geldstrafe verurteilt, aber von der Anklage des Betruges und der Untreue freigesprochen. Der Beurteilte

hatte unrichtige Angaben über die Höhe der Weinpreise gemacht.

Berichtliches.

Die Entlassung Bismarcks vor Ge- richt. Vor der Preussischen Zivilkammer des Landgerichts 3 in Berlin wird dieser Tage ein Prozeß verhandelt, der sowohl hohes literarisches, wie politisches Interesse be- ansprucht. Der Kläger war der Kaiser Wil- helm II., der gegen den Schriftsteller Dr. Emil Ludwig auf Erlass einer einsei- tigen Verfügung klagt mit dem Antrage, die öffentliche Aufführung und die Veröf- fentlichung in Buchform des von Ludwig verfaßten Stückes „Die Entlassung“ zu verbieten, in dem die Vorgänge, die zur Entlassung Bismarcks geführt haben, be- handelt werden und in dem sowohl der Kaiser als auch die damaligen leitenden Persönlichkeiten auftreten. Zugleich wurde ein zweiter Prozeß verhandelt, den die Witwe des Staatsministers v. Bülow gegen Ludwig angestrengt hat. Frau von Bülow fühlt sich durch das Ludwigsche Stück beleidigt und verlangt deshalb eben- falls ein gerichtliches Verbot der Auffüh- rung und der Veröffentlichung des Wer- kes. Das Gericht hat die Verkündung des Urteils auf den 8. August festgesetzt.

Betrug zugunsten der Parteikasse. Vor dem Landgericht Berlin 2 hatten sich der Bildhauer Fritz Sentspiel, der Schlossier Hans Olize, der Pader Eskar Schwedler und die Stenotypistin Gertrud Rinnow zu verantworten, die durch Betrügereien mit Steuerbanderolen 130 000 Mark „verdient“ hatten. Fast die Hälfte des erbeuteten Be- trages, d. h. 60 000 Mark, führten sie an die Parteikasse der kommunistischen Partei Deutschlands ab. Den Ausführungen der Verteidigung, daß die Angeklagten nicht nur aus eigennütigen Motiven gehandelt hätten, verschloß sich das Gericht nicht völlig und erkannte auf Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu zwei Jahren.

Handel und Verkehr.

Sie machen es uns nicht nach. An der Westausstellung in Paris im Sommer 1900 standen Tausende von französischer Kindern mit hellem Entzücken vor den beiden großen Spielwarenausstellungen aus Nürnberg und Sonneburg in Thürin- gen und konnten sich von diesen anheimeln- den Bildern nicht losreißen. Wenn sie vor den Eltern zu der gleichen Ausstellung ihres eigenen Landes geführt wurden, so solaten sie wohl, lehrten aber doch bald zu den deut- lichen Puppen und Pferden und Wagen und Tieren aller Art zurück. Darin lag etwas anderes, und das hat uns kein Volk der Erde nachmachen können. Auch jetzt nach dem Kriege noch nicht. Die nichtdeutschen Spielwaren sind oft nur Karikaturen, die die Kinder mit großen Augen betrachten, die sich aber nicht in ihr Herz einschmeicheln. Sie arbeiten den heute die deutsche Puppenindu- strie mit Vollkraft für die Aufträge aus allen Ländern und für die Leipziger Herbst- messe, und Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen gewinnen daraus in diesen teuren Zeiten ihren guten Verdienst. „Sie machen es uns nicht nach!“ Das ist die Vo- lung für viele Branchen der deutschen In- dustrie, ohne welche es diesen unmöglich wäre, sich über Wasser zu halten und wieder hoch zu kommen.

Wieder Paketverkehr mit Polnisch- Oberschlesien. Mit dem 25. Juli wurde der Paketverkehr sowohl von Deutsch-Oberschle- sien als auch vom übrigen Deutschland nach Polnisch-Oberschlesien und in umgekehrter Richtung aufgenommen. Genaue Auskunft erteilen die Postanstalten.

Nach den Ausführungsbestimmungen zum Umlagegesetz gelten die festgesetzten Preise für Getreide von mindestens mitt- lerer Art und Güte. Der Preis für zu- sammengewachsenes Getreide richtet sich nach der Art des Getreides und seiner Zu- sammensetzung. Die Preise schließen die Kosten der Beförderung bis zur Verladestelle des Ortes, von dem die Ware mit der Bahn oder zu Wagen verladen wird, sowie die Kosten des Einladens selbst ein. Als Getreide von mindestens mittlerer Art und Güte gilt nur, wenn die Feuchtigkeit bei Lieferungen vor dem 1. Oktober 1922 19 v. H. und bei Lieferungen vom 1. Oktober 1922 17 v. H. nicht übersteigt, und wenn es gut und gesund ist und auch hinsichtlich seiner sonstigen Eigenschaften der Durchschnitts- beschaffenheit der betreffenden Getreideart in der Ablagegegend entspricht. Für die Bewertung des Getreides ist seine Beschaf- fenhait bei der Ankunft an dem von dem Bewerber bezeichneten Bestimmungsort maßgebend. Die Preise gelten für Liefe- rung ohne Sack. Die Preise gelten für Bar- zahlung binnen 15 Tagen nach Ablieferung. Wird der Kaufpreis länger gestundet, so dürfen bis zu 2 v. H. Jahreszinsen für Reichsbankdiskont zugeschlagen werden.

Der Stand der Mark. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am 26. 7. 25. 7. 1914

100 holl. Gulden	19950	19525	167.—	Mt.
100 belg. Franken	4044	3985	80.—	„
100 dän. Kronen	11076	10761	112.—	„
100 schwed. Kronen	13383	13008	112.—	„
100 ital. Lire	2352	2322	80.—	„
1 engl. Pfund	2292	2252	20.—	„
1 Dollar	518	499	4.20	„
100 franz. Franken	—	4222	80.—	„
100 schweiz. Franken	—	9538	80.—	„
100 tschech. Kronen	1193	1037	—	„

Aus aller Welt.

Wo laichen die Kales? Die Wohnung eines bisher ungelösten Räufels der Naturwissenschaft ist dem dänischen Meeresforscher

Dr. Johs. Schmidt nach 16 jährigen Unter- suchungen und Fortschreitungen gelungen das Problem der Fortpflanzung der Kales war für die Wissenschaft immer noch im Dunkel gehüllt. Dr. Schmidt gelang es, unüberleglich nachzuweisen, daß die Kales plätze aller europäischen Flußbaale, auch der in dem Mittelmeer lebenden, im weitlichen Teil des Atlantischen Ozeans vor dem Golf von Mexiko liegen. Alle europäischen Flußbaale müssen diese Stellen aufsuchen, um sich fortzupflanzen. Hier werden die Eier abgelegt, aus denen winzige Larven entstehen. Dr. Schmidt ist es geglückt, sowohl Malecien als auch Larven des jüngsten Sta- diums von weniger als 1/4 Zentimeter Länge in großen Mengen zu fangen. Die Larven wandern mit dem Golfstrom lang- sam aus den mexikanischen Gewässern an die europäischen Küsten. Während dieser Zeit wachsen die Larven bis zu 7 Zenti- meter Länge. Erst im vierten Jahre ihrer Wanderung erreichen sie, nachdem sie die bekannte Kalesform angenommen haben, die europäischen Küsten und steigen in die Klaffe hinauf.

Die Niederjagd. Die Enten- und Gänsejagd nimmt ihren Anfang. Das Jungvolk ist Anfang Juli vielfach noch nicht laadreit, ferner soll durch eine Verfü- gung der Schutzzeit der Verminderung des Flugwildes, die teilweise schon nach einer Vernichtung ausbleibt, gesteuert werden. Mehr als durch raarosen Abschuh hat die Niederjagd indessen durch Meliorationen und Wasserlaufregulierungen gelitten; diese Arbeiten, die im Interesse der Landwirt- schaft und Schifffahrt ausgeführt werden mußten, haben die Sump- und Wasservögel ihrer Brutplätze beraubt. Wo ehemals sehr ergiebige Raaden abgehalten werden kon- ten, verkauft heut manche Streife fast erab- nislos und lohnt sich nicht mehr. Der Stod- oder Wildente, von der uniere Hausente abstammt, ist von Nimroden immer beson- ders eifrig nachgestellt worden. Kleiner als die Hausente, gleicht sie ihr in Zeichnung und Farbe, doch ist das Federkleid des Männchens schöner als das des Weibers von der Hausentenfamilie. Kopf und Hals sind grünlichwarz mit metallischem Glanz, der Oberkörper ist braun, der Unterkörper grau. Das einfache gefärbte Weibchen hat mit dem Männchen den blauen Spiegel auf dem grauen Spiegel gemeinsam. Was die wilde Ente von der zahmen, nach Meinung der Jäger wenigstens, am meisten unterscheidet, ist ihre viel größere Schlauchheit. Die Haus- ente soll, und möglicherweise infolge ihrer näheren Beziehungen zu den Menschen, verblödet sein, während die Wildente sich in der Freiheit die Schärfe der Sinne bewahrt hat. Entenjäger wissen davon so verblüf- fende Geschichten zum besten zu geben, daß man diese für — Enten halten möchte. Die Jagd auf Wasser- und Sumpfgänse hat auch viele Liebhaber, aber auch sie liefert längst nicht mehr die Ausbeute wie einst. Vögelhuhn und Teichhuhn sind brillante Schwimmer und Taucher, und Jäger und Hund haben trotz Vorsicht und Aufmerksamkeit doch nicht selten das Nachsehen, da ihre Annäherung zu früh bemerkt wird und die Tiere unerreichbare Verstecke aufsuchen.

Die Neuregelung der Angestellten- versicherung. Durch die Erweiterung der Versicherungsgrenze der Angestelltenver- sicherung haben sich auch die Monatsbeiträge jetzt etwas geändert. Sie fangen mit einem Monatsbeitrag von 1,60 Mark bei einem Jahreseinkommen von 550 Mark an. In den wichtigsten Beitragsklassen sind jetzt folgende Monatsbeiträge zu zahlen: 40 Mark bei einem Jahreseinkommen von 10 000—15 000 Mark, 48 Mark bei 15 000 bis 20 000 Mark, 60 Mark bei 20 000—30 000 Mark, 80 Mark bei 30 000—50 000 Mark und 110 Mark bei 50 000—100 000 Mark. Diese Sätze gelten vom 1. Juli ab. Emp- fänger von Ruhegehalt und Wartegeld, die vorübergehend beschäftigt werden, sind während dieser Beschäftigung nur dann versicherungspflichtig, wenn sie das Alter von 60 Jahren noch nicht vollendet haben. Sie werden aber auf ihren eigenen Antrag befreit. Solche Befreiungsanträge müssen bis zum 31. Juli 1922 eingereicht werden. Weitere neue Befreiungen von der eigen- ten Beitragsleistung sind nicht mehr zulässig.

Kein Straßporto bei Nachsendung von Drischreiben. Bisher wurde, wenn ein nach den Ortsgebühren freigelegter Brief nach außerhals nachgeschickt wurde, der Fehlbetrag verdoppelt und einbezogen. Nach einer Entscheidung des Reichspost- ministeriums wird in Zukunft diese Art Straßporto nicht mehr erhoben werden. Vielmehr soll nur der einfache Betrag, der an der Frankierung fehlt, nachgehoben werden, und zwar nicht mehr als „Straßporto“, sondern als Nachporto gebührt. Diese Vorschrift gilt jedoch nur bei solchen Sen- dungen, die nach den Ortsgebühren frei ge- macht sind. Bei allen anderen Sendungen werden die fehlenden Beträge nach wie vor in doppelter Höhe einbezogen.

Der Wirt und sein Bier. Das Pu- blikum sieht selbstverständlich die sich in gewissen Zwischenräumen wiederholende Preissteigerung des Gerstenbieres recht un- gern, aber der Wirt betrachtet den Aufschlag mit noch gemischteren Gefühlen. Je teurer das Bier wird, um so weniger verdient er daran, denn der Absatz fällt und die Aus- gaben steigen. Man soll deshalb dem Wirt keinen Vorwurf machen, er liebe am lieb- sten auch im Preise „wundermild“, wenn es ihm möglich wäre, obwohl der Reita- tionsbetrieb mehr Lasten dulden muß, als ein Badefel fortzuschleppen kann. Wenn der Deutsche sich nicht an seinem Stamm- tische so wohl fühlte, dann hätte es auch hier schon längst Streit gegeben, aber so wird der Friede immer erhalten. Und das ist gut in dieser arden Zeit.

